



Neuer Anlauf der Gemeinde zur Privatisierung:

# Nach der Fernwärme der Bauhof



Nummer 62  
Juli 1997

## Aichfeld Kommunal AG: Warum Gemeindevermögen verschachern?



1997 gelang es mit vereinten Kräften der Opposition, die schon in allen Medien angekündigte Kommunal AG zu verhindern.

Fortsetzung S. 3

*Gemeindevermögen soll abgestoßen werden*

- 
- **Südspange** •
- **Baustopp** •
- Seite 2 •
- 
- **Arbeiten bis 65** •
- Seite 6 •
- 

**Militär-  
befugnis-  
gesetz**

Seite 4

**WAG:  
Wohnungs-  
schacher**

Seite 5

Wir wünschen allen Fohnsdorf-erinnen und Fohnsdorf-ern einen erholsamen Urlaub!

„Glück Auf“ und  
KPÖ Fohnsdorf

## Südspange: Baustopp

Die sogenannte „Südspange“ kommt doch - wenn auch lt. BGM Straner mit etwa 2 Jahren Verspägung auf Grund finanzieller Engpässe im Land. Für die Grundstücke entlang der geplanten Trasse wurde jetzt schon eine Bausperre verhängt.

Ein Argument für die Umfahrung Fohnsdorf ist lt. einiger Gemeinderäte die Entlastung des Zentrums – die Geschäftsleute im Zentrum befürchten jedoch massive finanzielle Einbußen. Auch Anrainer haben sich gegen dieses Vorhaben in den Einwendungen zum FWP ausgesprochen.

Außerdem erscheint niemandem die Vorbeiführung der Trasse an der neuen Volksschule und der HBLA sinnvoll, im Gegenteil – eine erhöhte Gefährdung der Schulkinder wird befürchtet.

Wenn man sich unter der Fohnsdorfer Bevölkerung umhört, kann man nur den Schluß zieh: Fast keiner will sie! – Warum klammert sich dann die Gemeinde derart an dieses ungeliebte Projekt?



Südspange – Blick zur Jdbg. Straße

## Ganztageskindergarten wird verwirklicht

Im Februar 2000 stellte die KPÖ-Fraktion im Gemeinderat den Antrag, einer der Fohnsdorfer Kindergärten möge zu einer Ganztagesbetreuungsstätte ausgebaut werden. Damals machte Frau Wolfger dies von einer neuerlichen Bedarfserhebung abhängig.

Jetzt hat Bürgermeister Straner dieses Projekt in Angriff genommen und so auf die veränderten Arbeitsbedingungen vieler Frauen (Teilzeitarbeit – jederzeit Verfügbarkeit) reagiert.

Verschiedene Modelle für einen Ganztageskindergarten werden angeboten, Eltern, die eine solche Einrichtung nutzen wollen, können sich dafür im Gemeindeamt anmelden.

Das ist eine erfreuliche Entwicklung in unserer Gemeinde! Vor allem deshalb, weil schon viele Eltern ihr Interesse angemeldet haben.



Bidl KIGA Dietersdorf – der mögliche Standort des Ganztageskindergarten

## Bundesforste - Zoidl-Therme

AT&S-Eigner Helmut Zoidl hat von den Bundesforsten in den Rottenmanner Tauern ein Areal im Ausmaß von 4.200 ha erworben, das er für touristische Zweck im Zusammenhang mit der Therme nutzen will. Die Größe dieses Areals entspricht fast 2/3 der Fläche des Aichfeldes. Der Nationalrat muß diesem Kauf jedoch noch zustimmen.

Wir wollen alle eine Therme. Die Gemeinde Fohnsdorf hat schon Millionen an Vorleistungen erbracht.

Was sagt das endlich gegründete überparteiliche Forum der Gemeinden des Aichfeldes zur nachfolgenden Information aus dem „Wirtschaftsblatt“ vom 15. Mai 2001?

### Zoidl ist von Kritik an Wald-Kauf empört „Keine Therme ohne Forste“

**Wien.** „Werden mir weiter Prügel vor die Füße gelegt, ziehe ich mein Thermenprojekt zurück.“ AT&S-Eigner Helmut Zoidl will sein 700 Millionen-S-Tourismus-Konzept für die Obersteiermark abblasen, stimmt der Nationalrat seinem Erwerb von 4200 Hektar Bundesforste rund um die Therme nicht zu. VP-Bundesrat Vin-

zenz Liechtenstein hatte Zoidl zuletzt „Eigentumsdiebstahl“ an einer jüdischen Familie vorgeworfen. ÖBF-Vorstand Georg Erlacher: „Der Vergleich mit den Erben der ehemaligen jüdischen Besitzer ist längst abgeschlossen.“ Zoidl hat bereits 150 Millionen Schilling aus eigener Tasche in das Thermenprojekt investiert. (vk)



**Blumenweg 4 ☒ 8753  
Fohnsdorf**

**Tel. 03573 / 2105**

**Fax: 03573 / 2105 24**

**Email: fortin@net4you.co.at**

## Bauhof-Privatisierung

(Fortsetzung)

Diesmal hat die SPÖ allein mit ihrer 2/3-Mehrheit die Möglichkeit darüber zu entscheiden. Die Kommunal AG wäre ausschließlich zum Nachteil der Gemeindebürger gewesen, denn es wäre keinerlei Einfluß auf die Preisgestaltung der Dienstleistungen gegeben.

### Dieselben Fragen stellen sich heute

Auf Grund des geringen Gewichtes der Opposition sind viele Fragen ungeklärt:

- ⇒ Welchen Vorteil erwartet sich die Gemeinde von der Ausgliederung?
- ⇒ Welche Gesellschaftsform ist vorgesehen?
- ⇒ Gibt es eine Mitbestimmung der Gemeinde in dieser neuen Gesellschaft, wenn ja, in welchem Ausmaß?
- ⇒ Welche Veränderungen ergeben sich für die Beschäftigten?
- ⇒ Was tut der ÖGB in dieser Angelegenheit? Stellt er sich auf die Seite der Beschäftigten?

## Preisschnapsen

### „Sepp Kampl-Gedenkturnier“

Ein voller Erfolg war der „Sepp Kampl-Gedenkturnier“ der KPÖ Fohnsdorf. Die Preisverleihung nahm KPÖ-Gemeinderätin Elfriede Wieser (im Bild ganz links) vor.

Die Gewinner (v.l.n.r.):

1. Platz: Josef Kreiter
2. Platz: Josef Skabraut
3. Platz: Maria Lorberau



174 steirische Postämter vom Zusperrern bedroht – 18 in den Bezirken Judenburg und Murau!

## Was tun Arbeiterkammer und ÖGB?

Grund dafür ist eine „Rentabilitätsprüfung“ der Post-Manager. Postämter, die negativ bilanzieren, werden geschlossen – in ganz Österreich werden dadurch 6.000 Postler „wegrationalisiert“.

Die Alternative: Gemeindeämter und Geschäfte sollen Postleistungen anbieten (ein Pilotprojekt läuft dzt. in Stein an der Enns).

Die totale Privatisierung ist angesagt – ein staatliches Dienstleistungsservice wird weiter zerstört.

ÖGB und AK sind für diese Entwicklung mitverantwortlich – sie haben die Beschäftigten mit Abwiegung und Sozialplänen „ruhiggestellt“ und immer wieder den Schwanz eingezogen, wenn Aktionen und Widerstand notwendig gewesen wären! Alle sogenannten „Aktionstage“ waren Alibi-handlungen.

Der GLB und die KPÖ sind bereit, alle Initiativen zur Rettung unserer Post – all dessen, was in Jahrzehnten aufgebaut wurde – zugunsten der Beschäftigten und der Kunden zu unterstützen!



AK-Rat Peter Scherz (GLB)

## GETRÄNKEQUELLE

# HANS SCHEU-

Fachgroßhandel  
und Diskontmarkt



8753 Fohnsdorf,  
Judenburger Straße 30  
Tel. 035 73 / 21 46

**Impressum:** Medieninhaber: KPÖ-Bezirksleitung Fohnsdorf, 8753, Josefiplatz 3a Druck: 8020 Graz, Lagergasse 98a

## Der gläserne Mensch – Militärbefugnisgesetz

Am 6. Juli 2000 wurde im Parlament das Militärbefugnisgesetz beschlossen. Damit wird den Heeresgeheimdiensten Tür und Tor für die Bespitzelung von Bürgern und Bürgerinnen geöffnet!

Daten über Österreicher können z.B. an ausländische, offizielle Dienststellen weitergegeben werden.

Besonders betroffen sind die Gemeinden, der Bund, die Länder und die öffentlichen Körperschaften, die durch dieses Gesetz verpflichtet werden, Auskunft über BürgerInnen zu erteilen, wenn es der militärische Geheimdienst verlangt.

Somit haben die Bundesheergeheimdienste Zugang zu allen Daten aus den Gemeinden, den Sozialversicherungen, Bezirkshauptmannschaften, Kammern, Krankenhäusern, Finanzämtern, Jugend- und Sozialämtern, etc.

Durch dieses Gesetz können Bürgermeister dazu verpflichtet werden, auf Verlangen des Verteidigungsministers für den Zweck „verdeckter Ermittlungen“ Falschurkunden herzustellen.

Damit wird aber das Vertrauen jeden Bürgers in die Amtsverschwiegenheit und die Verlässlichkeit von Urkunden massiv verletzt.

Wehren wir uns dagegen!. Die Initiative "Solidarität für Neutralität" informiert am Nachmittag des 20. Juni 01 bei einem Info-Stand auf dem Hauptplatz in Fohnsdorf die Bevölkerung ausführlich zu diesem Thema.

**Kommen Sie – informieren Sie sich!**



## Leserbriefe

### Kinderspielplätze in Fohnsdorf – noch immer ein Thema!

Schon vor gut einem Jahr habe ich den Zustand etlicher Kinderspielplätze in Fohnsdorf kritisiert. Bis heute hat sich daran so gut wie nichts geändert! Nach wie vor sind sie zum Teil mit Glasscherben, Zigarettenkippen u.ä. übersät. Auch die Spielgeräte entsprechen keineswegs dem von der SP propagierten modernen Standard. Oft ist auch nur ein Spielgerät vorhanden!

Es ist einfach zuwenig, wenn die Spielplätze nur sporadisch gesäubert werden. Die Gemeinde muß eine häufigere Überprüfung durchführen. Vielleicht wären auch Tafeln mit der dringenden Aufforderung zum Sauberhalten zielführend?

Für eine gute und ausreichende Betreuung der Spielplätze ist Ihnen, Herr Bürgermeister, der Dank aller Kinder, die die Geräte benutzen, sowie der Eltern und Großeltern, die sie dabei beaufsichtigen, sicher!

Waltraud Diernberger

# 1.Mai 2001

*Der Kampf- und Feiertag der Arbeiter wurde von der KPÖ-Fohnsdorf auch heuer würdig begangen. Da die Arbeiterbewegung massiv im Widerstand gegen das Naziregime verwurzelt war, war dies das Thema der heurigen Festveranstaltung.*



*Die gebürtige Judenburgerin Maria Cäsar (geb. Greilberger) erzählte von ihren Erfahrungen und Erlebnissen im Widerstand. Dazu spielten einfühlsam und einprägsam drei junge Musiker aus dem Aichfeld Arbeiter- und Widerstandslieder.*



# Wohnungsschacher ist nicht ausgestanden Bundeswohnungen werden an Konzerne verkauft

Seit 1. April sind bundeseigenen Wohnungsgesellschaften WAG, BUWOG und drei Eisenbahngesellschaften nicht mehr gemeinnützig, sondern zu gewerblichen Bauträgern geworden. Und es kommt ans Tageslicht, dass nicht so sehr der Verkauf von Wohnungen an die Mieter sondern der komplette Ausverkauf ganzer Gesellschaften an Konsortien aus Banken und Versicherungen im Gespräch ist. So sollen demnächst die fünf Gesellschaften EU-weit ausgeschrieben werden.

Nur dadurch wäre ein hoher zweistelliger Milliardenbetrag lukrierbar, heißt es in Immobilienkreisen. Im Finanzministerium wurde bereits ein Arbeitskreis unter der Leitung des Wiener Immobilienmaklers und Vertrauten der FPÖ-Spitze Ernst Karl Plech (er ist auch Aufsichtsratsvorsitzender der BUWOG) gegründet, der diese Transaktion vorbereitet.

Der Grund für die Begehrlichkeit liegt nicht so sehr an den Wohnungen, sondern an den rasch verwertbaren Grundstücken von BUWOG und WAG und an den hohen Rücklagen der bisher gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften. Gleichzeitig ist mit einer Erhöhung der Wohnungskosten zu rechnen, obwohl in bestehende Mietverträge nicht direkt eingegriffen werden kann.

## Tricks auf Kosten der Mieter

Ein weiterer Beweis für diese Absicht ist die Ankündigung des Finanzministeriums, dass am Kauf



interessierte Mieter 7.500 S für die Bewertung ihrer Wohnung zahlen sollen. Darüber hinaus will man nur in jenen Häusern Wohnungen an die Mieter verkaufen, in denen mindestens 30 Prozent der Mieter ihr Interesse daran bekundet haben.

Jüngstes Beispiel dafür ist die Ankündigung, das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz (WGG) zu ändern, damit bei allen Neuvermietungen in den bisherigen Bundeswohnungen eine erheblich höhere Miete als die bislang zulässigen 35 Schilling pro Quadratmeter verlangt werden kann.

Es kann auch nicht ausgeschlossen werden, dass unter dem politischen Druck privater Eigentümer dieser Wohnungen – deren Ziel eine möglichst hohe Rendite ist – in weiterer Folge auch die Mieten bestehender Mietverhältnisse erhöht und dem unsozialen Richtwertsystem angepasst werden.

## Warnungen bestätigt

Diese Meldung bestätigt alle Warnungen der letzten Monate. Die Regierung will Wohnungsgesellschaften bzw. Wohnanlagen im großen Stil an kommerzielle Investoren, im Klartext in- und ausländische Banken, Versicherungen oder Immobilienkonzerne verkaufen. Ihr Interesse haben bereits das japanische Bankhaus Nomura, die oberösterreichische Raiffeisen-Landesbank und die Immofinanz angemeldet.

Die KPÖ fordert nach wie vor die Rücknahme des Gesetzes, das die Gemeinnützigkeit von WAG, BUWOG und Eisenbahngesellschaften aufgehoben hat.

Eine sehr gut besuchte Mieterversammlung in der Fohnsdorfer Resti hat diese Forderungen unterstützt.



## ELEKTRO HÖRL

FOHNSDORF, HAUPTSTRASSE 5 UND 34

TELEFON 03573 / 21 68 - 03573 / 2315

## Arbeiten bis zum Umfallen?

Die Idee von Bundeskanzler Schüssel, das Pensionsalter auf 65 Jahre anzuheben, ist für Finanzminister und Privatversicherungen Musik in deren Ohren. Der Minister erspart sich Geld und die Versicherungen kassieren Millionen durch mehr Kunden.

Doch wie gehts da den Betroffenen? Den Handelsangestellten, den Industriearbeitern, den Beschäftigten in den Dienstleistungsbetrieben wie dem Gastgewerbe und den Pflegeberufen, um nur einige zu nennen. Sie alle fangen mit 15 Jahren zum Arbeiten an – schöne Aussichten, 50 Jahre lang unter großteils schwerer körperlicher Belastung arbeiten zu müssen. Der Gang in die Frühpension wird ja nicht aus Jux angetreten. Der Körper hält einfach die physischen und psychischen Anstrengungen nicht mehr aus!

Die Forderung nach dem erhöhten Pensionsalter mit der höheren Lebenserwartung durch den medizinischen Fortschritt zu begründen, ist purer Zynismus – jeder, der 40, bzw. 45 Jahre hart gearbeitet hat, hat das Recht, die Jahre in der Pension bei halbwegs guter Gesundheit zu genießen.

Und noch eine Pikanterie am Rande: In der Arena am Waldfeld werden hunderte Arbeitskräfte gesucht. Aber: Bewerber über 40 Jahre sollen nicht mehr berücksichtigt werden. Sie sind für diese Jobs schon zu alt!

Wie läßt sich diese Tatsache mit den Ideen und Wünschen unserer Politiker und Theoretiker vereinbaren? Wissen sie über die Wirklichkeit unserer Berufswelt überhaupt Bescheid?

## Solidarität mit Pakistan



Ein gut besuchter Infostand der Jugendgruppe Assoziation marxistischer Jugendlicher (AMJ) in Judenburg am 23. Mai: Pakistanische Gewerkschafter, die sich für menschenwürdige Arbeitsbedingungen in den Betrieben und gegen Kinderarbeit einsetzen, werden von der Regierung verfolgt, eingesperrt und zum Teil sogar umgebracht. Protestschreiben an die Pakistanische Botschaft in Wien wurden von etlichen Judenburgern unterschrieben. Viele waren von den Zuständen in diesem Land sehr betroffen. Aussagen wie „davon hört man ja bei uns nichts...“ wurden nicht nur einmal getätigt.

## Nachtarbeit – auch für Frauen?!

Das Nachtarbeitsgesetz für Frauen wird Ende 2001 nach EU-Gesetz der Vergangenheit angehören. Eingeführt wurde es ursprünglich zum Schutz der Frauen – vor Überbelastung durch Beruf, Haushalt und Kindererziehung.

Viele Frauen begrüßen diese Entwicklung – die für sie neue Möglichkeiten zum Geldverdienen eröffnen. Außerdem bleibt ihnen vom Verdienst mehr übrig – da die Kosten für eine eventuelle Kinderbetreuung wegfallen – diese Aufgabe übernehmen in der Nacht hauptsächlich Angehörige.

Die Nachteile jedoch, die diese neue Regelung bringen, werden oft nicht gesehen oder einfach verdrängt – Familienleben und gesellschaftliche Aktivitäten bleiben mit der Zeit auf der Strecke und die enormen gesundheitlichen Belastungen, z.B. bei Fließbandarbeit merkt man meistens erst dann, wenn es zu spät ist.

Für den Staat und die Wirtschaft bringt es gewaltige Vorteile:

Der Staat erspart sich den weiteren Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen und die Unternehmer können auf billigere Arbeitskräfte zurückgreifen – Frauen verdienen nun einmal weniger als Männer!

Da müssen die Gewerkschaften „in die Pflicht“ genommen werden – sie müssen darauf bestehen, daß die Löhne der Frauen denen der Männer angeglichen werden, daß Rahmenbedingungen wie ausreichende Ruhezeiten und freie Tage nach der Nachtarbeit geschaffen, bzw. eingehalten und erweitert werden. Kinderbetreuungseinrichtungen müssen ausgeweitet und die Öffnungszeiten den Arbeitszeiten angepaßt werden – vor allem während des Tages, damit Frauen tagsüber das Arbeiten ermöglicht wird. Nicht jede Frau hat einen Partner oder Großeltern zum Kinderschaue zur Verfügung – egal ob bei Tag oder bei Nacht!

Nur unter diesen Bedingungen ist gewährleistet, daß Frauen neue und für sie oft notwendige Beschäftigungsmöglichkeiten nicht schon früh mit ihrer Gesundheit bezahlen!



# Verfassungsänderung mit Folgen: Wer entscheidet über Kriegseinsatz?

**Dürfen sich österreichische Soldaten im Rahmen der EU an Kriegen beteiligen? Und wenn ja, wer ist berechtigt darüber zu entscheiden? Was meinen Sie, etwas das Parlament, die Bundesregierung, oder muß es eine Volksabstimmung über eine Kriegs-beteiligung Österreichs geben?**

Weit gefehlt. Es ist unglaublich, aber seit 1. Mai 1999 dürfen Bundeskanzler und Außenminister in den EU-Gremien allein über die Teilnahme Österreichs an Kriegen entscheiden. Das gilt auch für Kampfhandlungen, die ohne Zustimmung der UNO stattfinden.

## Wie ist das möglich?

Unbemerkt von der Öffentlichkeit und weitgehend totgeschwiegen von den Medien wurde mit Parlamentsbeschluß vom Juni 1998 mit den Stimmen von **SPÖ, ÖVP und Liberalen** eine Neufassung des Artikels 23 f der österreichischen Bundesverfassung beschlossen. Damit wurde – ohne eine öffentliche Diskussion zu führen – ein wichtiger Kerngehalt der Österreichischen Neutralität eliminiert. Die Neufassung des Artikels 23 f besagt schlicht und einfach, dass sich Österreich im Rahmen der EU wieder an Kriegen beteiligen darf - weltweit und ohne Bindung an ein UNO-Mandat! Die Entscheidung darüber treffen **Bundeskanzler und Außenminister allein** in den Gremien der EU.

Der Grund für dieses Gesetzesänderung: Am 1. Mai 1999 trat der Vertrag von Amsterdam in Kraft. Im Vertrag von Amsterdam gibt sich die EU das Recht und den Auftrag weltweit militärisch intervenieren zu können. „Kampfeinsätze zur Krisenbewältigung“ heißt im Artikel J des Amsterdamer Vertrages diese weltweite Interventionsabsicht. Die Änderung des Artikels 23 f in der österreichischen Verfassung, zeitgleich in Kraft getreten mit dem EU-Vertrag von Amsterdam, gibt nun Österreich die Möglichkeit hier mitzumachen.

Wir brauchen in Österreich keine Regierung, die wieder „mitmarschieren“ will. Österreichs Neutralität, d. h. die Verpflichtung zur Nichtteilnahme an Kriegen, wurzelt in der verheerenden Erfahrung des „Mitmarschierens“ in zwei Weltkriegen.

Wir brauchen ein aktiv neutrales Österreich, das sich für gewaltfreie Konfliktvermittlung und Konfliktvorbeugung, Auflösung der Militärblöcke und weltweite Abrüstung stark macht – gemeinsam mit anderen neutralen und blockfreien Ländern.

Wenn jene ÖsterreicherInnen, denen die Neutralität am Herzen liegt, nicht aktiv werden, werden vielleicht in gar nicht so ferner Zukunft wieder österreichische Soldaten in den Krieg ziehen müssen.

**P.S.:** Boris Lechthaler, Aktivist der Friedenswerkstatt Linz, hat bei der Neutralitätsveranstaltung der KPÖ am 26. Oktober vorigen Jahres in Knittelfeld berichtet: Ex-SPÖ-Minister Erwin Lanc hat seinem Parteikollegen, dem damaligen Bundeskanzler Viktor Klima, Vorhaltungen wegen dieser Verfassungsänderung gemacht. Klima antwortet, Lanc solle sich nicht beunruhigen, denn er als Bundeskanzler werde niemals einem Kampfeinsatz österreichischer Soldaten ohne UNO-Mandat zustimmen. Das einmal der Bundeskanzler nicht von der SPÖ gestellt werden könnte, das lag offensichtlich jenseits des Vorstellungsvermögens von Ex-Kanzler Klima.



**Wachter**  
...mehr als Eisenwaren



# Tanz in den Sommer

mit



## Wolfgang Lindner

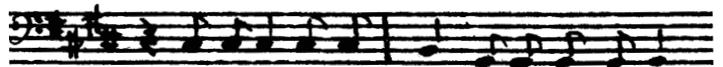


Samstag, 29. Juni  
2001

### 20 Uhr Resti,

attraktive  
Preise zu gewinnen!

Eintritt: freiwillige Spenden



**kinderland**  
Steiermark

**Ferienaktion 2001 – Turnusse:**

8.-21.7 2001 22.7.-4.8. 2001

5.-18.8. 2001 (je 2 Wochen)

Achtung: Familienurlaub: 19.-26.8.2001

Es sind noch Plätze frei



**Information und Anmeldungen:**

Bärnthaler Elisabeth, Kohlenstr. 4, Tel: 5519

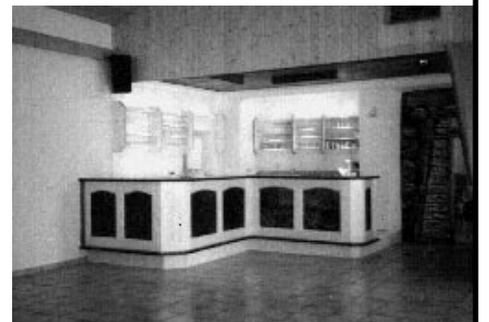
Luschützky Gudrun, Josefiplatz 3a, Tel: 21 66

Drobesch Günther, Franz Lisztg. 17, Tel: 56 26

## SAALVER- MIETUNG

Der große Saal der  
„Resti“ in Fohnsdorf,  
Josefiplatz 3a,  
ist der passende Rahmen!

Suchen Sie  
Räumlichkeiten  
für eine  
größere  
Gesellschaft?



**Anfragen und Informationen:**  
KPÖ Fohnsdorf • Tel. 035 73/ 21 66